

## **Antrag**

**der Abgeordneten Farid Müller, Dr. Stefanie von Berg, Katharina Fegebank,  
Antje Möller, Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE) und Fraktion**

**Haushaltsplan 2015/2016**

**Einzelplan 2 Behörde für Justiz und Gleichstellung**

**Betr.: Mehr Asylverfahren bedürfen mehr Personal**

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung ging bei der Haushaltsaufstellung von sinkenden Klagen in Asylsachen aus. Sind im Jahr 2013 noch 889 Klagen eingegangen und 752 erledigt worden, waren zum 30.06.2014 bereits 775 Klageeingänge zu verzeichnen. Diese absehbare Steigerung wird sich fortsetzen, ein Rückgang der Klageverfahren ist vorerst vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen nicht zu erwarten. Deswegen müssen die personellen Kapazitäten im Hamburger Verwaltungsgericht erhöht werden, um längere Verfahrensdauern zu vermeiden.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

In der Produktgruppe 23508 werden die veranschlagten Kosten für die Jahre 2015 und 2016 um jeweils 600.000 Euro erhöht.

Innerhalb der Produktgruppe 23508 werden für die Jahre 2015 und 2016 Mittel in Höhe von 600.000 Euro gemäß § 22 LHO mit der Auflage versehen, sie einzusetzen, um den Personalbedarf im Aufgabenbereich Gerichte 235 zu erhöhen.

In der Produktgruppe 23508 werden in den Jahren 2015 und 2016 zusätzliche 7,46 VZÄ ausgebracht. Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.

Zur Deckung der Mehrkosten werden in der Produktgruppe 25601 „Steuerung und Service“ im Aufgabenbereich 233 die veranschlagten Kosten für die Jahre 2015 und 2016 um jeweils 600.000 Euro verringert.

Die Ergebnispläne sind entsprechend anzupassen.